

Vortrag an den Ministerrat

EU; Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten am 18. Oktober 2022 in Luxemburg

Am 18. Oktober 2022 fand in Luxemburg eine Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten statt. Behandelt wurden die Vorbereitung für den Europäischen Rat am 20./21. Oktober 2022, die Folgemaßnahmen zur Konferenz zur Zukunft Europas, die Rechtsstaatlichkeit in Polen sowie das EU-Wahlrecht. Unter „Sonstiges“ präsentierte die Europäische Kommission ihre Mitteilung zur Durchsetzung von EU-Recht.

Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates am 20./21. Oktober 2022

Es fand ein Austausch zu den Schlussfolgerungen für den Europäischen Rat am 20./21. Oktober 2022 statt. Im Fokus der Diskussion standen die Notwendigkeit und die Dringlichkeit konkreter Maßnahmen im Energiebereich sowie Russlands Aggression gegen die Ukraine.

Ich verurteilte die Raketenangriffe Russlands auf Kyjiw ebenso wie die Abhaltung der illegalen Referenda in den besetzten Gebieten. Die Sabotageakte auf kritische Infrastruktur in der EU bezeichnete ich als inakzeptabel und informierte, dass in Österreich bereits entsprechende Vorsichtsmaßnahmen getroffen wurden. Im Hinblick auf die globale Ernährungssicherheit sprach ich mich für die Fortsetzung der *Black Sea Grain Initiative* der Vereinten Nationen aus. Schließlich unterstrich ich die Notwendigkeit, dass Russlands Narrativ, wonach die EU-Sanktionen für den Anstieg der Energiepreise verantwortlich wären, entschieden entgegengetreten werden müsse. Zum Entwurf der Schlussfolgerungen für den Europäischen Rat habe ich betont, dass es wichtig sei, darin einen Verweis auf einen notwendigen politischen Prozess aufzunehmen.

Zum Thema Energie verwies ich auf die umfassenden bereits national ergriffenen Maßnahmen und forderte eine europäische Lösung in den Bereichen, die nur auf

europäischer Ebene gelöst werden können. Einmal mehr sprach ich mich für eine Entkoppelung der Strom- und Gaspreise aus.

Zum Thema Außenbeziehungen unterstrich ich die Wichtigkeit des für Dezember angekündigten EU-Westbalkan-Gipfeltreffens.

Folgemaßnahmen zur Konferenz zur Zukunft Europas

Besprochen wurden insbesondere die weiteren Arbeiten an der Umsetzung der konkreten Ergebnisse der Konferenz sowie das geplante Feedback Event mit Bürgerinnen und Bürgern zum Stand der Umsetzung. Ich mahnte ein, dass gegebene Versprechen nun eingehalten werden müssen und sprach mich für ein rasches Abhalten der Feedback-Veranstaltung aus.

Rechtsstaatlichkeit in Polen – Begründeter Vorschlag nach Art. 7 Abs. 1 EUV

Die Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Věra Jourová, berichtete über den aktuellen Sachstand betreffend die Rechtsstaatlichkeit in Polen und verortete weiterhin schwerwiegende Bedenken der Europäischen Kommission. Jourová plädierte dafür, weiterhin gemeinsam Lösungen zu diskutieren.

EU-Wahlrecht

In der Diskussion über den Vorschlag des Europäischen Parlaments, das EU-Wahlrecht zu reformieren, wurden die Ziele unterstützt, die demokratische Legitimität des Wahlprozesses zu erhöhen sowie eine höhere Wahlbeteiligung zu erreichen. Ich verwies dabei auf einige Vorschläge des Europäischen Parlaments, die in Österreich bereits umgesetzt sind, etwa das Wahlrecht ab 16 Jahren und die Briefwahl. Ich betonte, dass eine Änderung des Wahlrechts jedenfalls umfassend und ausreichend vorzubereiten sowie die Auswirkungen sorgfältig zu prüfen sind.

Sonstiges: Mitteilung der Europäischen Kommission zur Durchsetzung von EU-Recht

Die Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Věra Jourová, präsentierte die am 13. Oktober 2022 vorgelegte Mitteilung der Europäischen Kommission zur Durchsetzung von EU-Recht („*Enforcing EU law for a Europe that delivers*“).

Sämtliche Ergebnisse der Ratstagung sind auf der Webseite des Rates (www.consilium.europa.eu) abrufbar.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

11. November 2022

Mag. Karoline Edtstadler
Bundesministerin